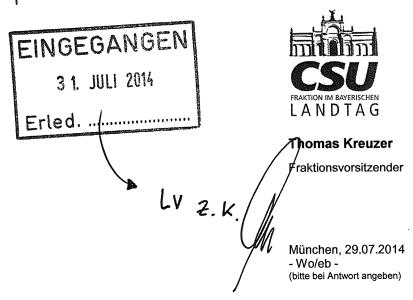


Gemeinsam Bayern bewegen

Herrn Präsident Klaus Wenzel BLLV Bayerischer Lehrer- und Lehrerinnenverband e.V. Bavariaring 37 80336 München



Drohende Kürzungen bei der Kooperation von Kindergarten und Grundschule Schreiben des Kultusministeriums an die Schulabteilungen der Regierungen

Sehr geehrter Herr Wenzel,

haben Sie vielen Dank für Ihr Schreiben vom 24.6.2014 zu den drohenden Kürzungen bei der Kooperation von Kindergarten und Grundschule, auf das ich im Namen der Gesamtfraktion antworte.

Zunächst: Eine intensive und konstruktive Zusammenarbeit von Kindertageseinrichtung und Grundschule ist unerlässlich, um die besonderen Chancen beim Übergang vom Kindergarten in die Grundschule zu nutzen. Über bereits bestehende Maßnahmen hinaus wurden daher mit der Verabschiedung des Bildungsfinanzierungsgesetzes im Mai 2013 zusätzliche Mittel bereitgestellt, die seit dem Schuljahr 2014/2015 für den Ausbau des Vorkursangebots für deutschsprachig aufwachsende Kinder mit Sprachförderbedarf, für die Ausweitung des Angebots an Deutschförderkursen in den Jahrgangsstufen 1 und 2 in den Grundschulen und in den Förderschulen mit Grundschulstufe sowie für die qualitative Weiterentwicklung und den weiteren Ausbau der Zusammenarbeit von Kindergarten und Grundschule eingesetzt werden.

Auf Rückfrage zu dem von Ihnen thematisierten konkreten Sachverhalt hat das zuständige Staatsministerium für Bildung und Kultus, Wissenschaft und Kunst mitgeteilt, dass im Zuge der vorläufigen Ergebnisse der Verhandlungen zum Doppelhaushalt 2015/2016 auf Ebene der Staatsregierung Kürzungen zwingend erforderlich gewesen seien, die in Abwägung aller Notwendigkeiten und im Hinblick auf die bereits bestehenden umfangreichen Maßnahmen in der Kooperation von Kindergarten und Grundschule zu Lasten dieses Bereichs vorgenommen wurden; die o.g. weiteren Maßnahmen (Ausweitung der Deutschförderkurse sowie der Vorkurse für deutschsprachig aufwachsende Kinder mit Sprachförderbedarf) blieben vollumfänglich erhalten. Um den Regierungen und den Staatlichen Schulämtern Planungssicherheit zu geben, sei es zudem zwingend notwendig gewesen, diese Stellen über die Reduzierung der Vertragsmöglichkeiten zum kommenden Schuljahr zu informieren, damit nicht jetzt noch Verträge geschlossen werden, die im Jahr 2015 nicht mehr ausfinanziert werden können. Gleichzeitig verweist das Staatsministerium darauf, dass mit den mehr als 2.500 Lehrerwochenstunden, die auch im Schuljahr 2014/2015 aus dem Bildungsfinanzierungsgesetz für die Kooperation von Kindergarten und Grundschule zur Verfügung stehen, die qualitative Weiterentwicklung der Zusammenarbeit auch weiterhin erfolgen könne. Darüber hinaus würden im Schuljahr 2014/2015 bewährte Maßnahmen an der Schnittstelle Kindergarten-Grundschule im bisherigen Umfang fortgesetzt, darunter die Sprachförderung im "Vorkurs Deutsch 240" für Kinder mit Migrationshintergrund und Sprachförderbedarf, die Bereitstellung von Anrechnungsstunden für die mehr als 120 auf Schulamtsebene tätigen Kooperationsbeauftragten "Kindertageseinrichtung-Grundschule", der Einsatz des Ubergabebogens "Informationen für die Grundschule", die Fortsetzung der Fortbildungskampagne "Bildungs- und Erziehungspartnerschaft mit Eltern" für Grundschullehrkräfte und pädagogische Fachkräfte in Kindertageseinrichtungen sowie Fortbildungsmaßnahmen zum "Vorkurs Deutsch NEU". Angesichts der Vielfalt der existierenden und weiter fortbestehenden Kooperationsmaßnahmen beim Übergang Kindergarten-Grundschule - ich verweise in diesem Zusammenhang darauf, dass im Vergleich zum Schuljahr 2012/2013 auch im Schuljahr 2014/2015 ein deutliches Plus an Lehrerwochenstunden zur Verfügung steht -, ist Ihre Bewertung der vorgesehenen Kürzungen als "Skandal" sowie vor allem auch der geäußerte "Verdacht [...], dass Bildungsausgaben ganz wesentlich als politische Manövriermasse angesehen wird, die je nach öffentlicher Stimmung ausgebaut oder zurückgefahren werden kann", nicht nachvollziehbar. Im Gegenteil dürfte Ihnen bekannt sein, dass der Bildungsbereich in Bayern höchste Priorität genießt. Dies gilt nicht nur für die Legislaturperiode 2008 bis 2013, in der über 8.000 zusätzliche Lehrerstellen geschaffen wurden, sondern auch für die aktuelle Legislatur, während der auf Beschluss der Fraktion trotz rückläufiger Schülerzahlen alle Lehrerstellen erhalten bleiben (sog. demographische Rendite), sowie für den Doppelhaushalt 2015/16, bei dem weitere zusätzliche Mittel in den Bildungsbereich fließen werden - trotz der von Staatsregierung und CSU-Fraktion gemeinsam getragenen haushaltspolitischen Leitlinien, die für die Zukunftsfähigkeit Bayerns von entscheidender Bedeutung sind und die gerade auch bei guter wirtschaftlicher Gesamtsituation im Interesse vor allem der jungen Generation nicht kurzfristig über Bord geworfen werden dürfen.

Mit freundlichen Grüßen

Thomas hunereo

Thomas Kreuzer